

# PARLAMENTARSREPORT



## Liebe Leserinnen und Leser,

*der Fall sorgte im letzten Jahr für Aufsehen: Ein psychisch kranker Flüchtling streitet in einem Arnsdorfer Supermarkt verbal mit einer Kassiererin. Plötzlich erscheinen vier Männer – darunter ein CDU-Gemeinderat –, zerren ihn aus dem Laden. Draußen fesseln sie ihn mit Kabelbindern, die sie wohl zufällig dabei hatten (?), an einen Baum. Ein Handyvideo, verbreitet durch besorgniserregende Bürger, macht Furore.*

*Die Vier wurden wegen Freiheitsberaubung angeklagt, unlängst begann der Prozess. Er endete am ersten Tag: Das Amtsgericht Kamenz stellte das Verfahren ohne Verhandlung zur Sache ein, weil die Männer nur eine „geringe Schuld“ treffe und kein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung bestehe. Meine Fraktionskollegin Juliane Nagel hat diese Entscheidung als „Freibrief für Selbstjustiz“ bezeichnet.*

*Nun wurde auch noch bekannt, dass die Staatsanwaltschaft – die der Verfahrenseinstellung zugestimmt haben muss – bedroht wurde, der Staatsanwalt erschien unter Personenschutz im Gerichtssaal. Unser Rechtspolitiker Klaus Bartl stellt mit Recht fest: „Schon der Verdacht, dass Furcht und Verunsicherung diese Entscheidung beeinflussten, trifft den Rechtsstaat ins Mark.“ Deshalb dringen wir im Landtag auf Aufklärung darüber, weshalb die Staatsanwaltschaft zustimmte und was sonst hinter dem Fall steckt. Eines steht für mich jedenfalls fest: Das war keine harmlose Aktion „zivilcouragierter“ Bürger. Die vier Männer haben aus meiner Sicht eindeutig die Grenze des Zulässigen überschritten. Das darf nicht Schule machen!*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Renteneinheit statt Rüstung!

Deutschland bleibt gespalten: Der Rentenwert Ost lag 2015 immer noch um 7,5 Prozentpunkte unter dem West-Niveau. Laut Beschluss des Bundeskabinetts soll es noch bis 2025 dauern, bis dieser Rückstand aufgeholt ist. Weshalb das nicht schneller gehen kann, wurde nie schlüssig begründet. Deshalb hat die Linksfraktion im Landtag erneut dafür gestritten, die Lebens- und Arbeitsleistungen von Ostdeutschen anzuerkennen. Der Rentenwert Ost soll schon 2018 auf das Westniveau angehoben werden (Drucksache 6/9062). Bezahlt werden soll das aus Bundesmitteln und nicht mit dem Geld der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Wenigstens ein Teil der Menschen, die 1990 in Rente gingen, soll so eine Chance erhalten, die Renteneinheit zu erleben.

Gleichzeitig will die Linksfraktion weitere Ungerechtigkeiten beseitigen, die ostdeutschen Ruheständlern durch die „Rentenüberleitung“ widerfahren sind, und für Entschädigung sorgen. Das betrifft zahlreiche Gruppen, deren Rentenansprüche voll anerkannt werden sollen: Ballettmitglieder und Angehörige künstlerischer Berufe, in der Veredlung von Bodenschätzen tätige Bergleute, Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens, pflegende Angehörige, Handwerker und Selbstständige. Es geht aber auch um Teile der wissenschaftlichen, medizinischen, pädagogischen, technischen und künstlerischen Intelligenz; außerdem um Angehörige des öffentlichen Dienstes, der Armee, der Polizei und des Zolls, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortgesetzt haben. Auf der Liste stehen nicht zuletzt ehemalige Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post der DDR. Hinzu kommt der Kampf um die Rentenansprüche einer weiteren Gruppe: Personen, die nach 1936 geboren wurden und die bis zum 9. November 1989 aus der DDR ausreisten, flüchteten, abgeschoben oder ausgesiedelt wurden. Auch Frauen, die vor 1992 in der DDR geschieden worden sind, sollen entschädigt werden.

Für all diese Punkte soll die Landesregierung auf der Bundesebene streiten. **Susanne Schaper, Sprecherin der Linksfraktion für Sozialpolitik**, fällt ein klares Urteil: „Die Benachteiligung von Menschen im Osten wirkt sich Tag für Tag negativ auf deren Leben aus. Das ist nicht nur einfach unsozial, sondern es ist Unrecht.“ Der Blick auf die Renten-Zahlbeträge mache deutlich, dass die Renteneinheit auch ein Mittel gegen Altersarmut wäre. Neurentner im Osten erhalten inzwischen durchschnittlich nur noch 888 Euro, im Westen sind es 925. Frauen sind noch schlechter dran. Es gebe indes keine Garantie, dass die Bundesregierung den Termin 2025 halten werde, so Schaper. Sie rief CDU und

SPD zu: „Selbst wenn es bei diesem Datum bleiben sollte, ändert das nichts an Ihrem Versagen. Wer 1990 mit 65 Jahren in Rente ging, muss Ihren Plänen zufolge 100 Jahre alt werden, um die Renteneinheit zu erleben. Mit Blick auf die durchschnittliche Lebenserwartung müsste man Ihnen zynisch gratulieren – Sie hätten das Problem biologisch gelöst.“ So weit dürfe es nicht kommen. Die Rentenangleichung koste jäh-

not. Schließlich lässt sich keine vernünftige Rechtfertigung dafür finden, dass es 35 Jahre dauern soll, bis die Betroffenen – vielleicht! – ihr Recht bekommen. CDU-„Sozialpolitiker“ Alexander Krauß klammerte sich folglich an einen Strohhalm und unterstellte der Linksfraktion, es gehe ihr „vor allem um die Stasi-Leute, die Ihnen besonders am Herzen liegen!“ Schaper konterte: „Herr Krauß, ich habe schon



lich bis zu vier Milliarden Euro, das sei bezahlbar – wenn die Herrschenden nur wollten. „Man könnte zum Beispiel das Geld nehmen, das eingeplant wird, um den Wehretat zu erhöhen. Man will ja wohl Trumps Wehklagen gehorchen und als NATO-Staat zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung verschleudern. Mit dem dafür angesetzten Betrag von 20 Milliarden Euro ließe sich nicht nur das Rentenproblem lösen.“

Die seit Jahrzehnten in Bund und Land regierende CDU geriet angesichts solcher Forderungen in Argumentations-

viel von Ihnen gehört. Aber das, was Sie heute vorgebracht haben, war wirklich jenseits von Gut und Böse. So am Thema vorbeizureden, bewusst auf das Thema Stasi abzielen und damit eine ganze Rentnergeneration über einen Kamm zu scheren – das ist unsäglich. Mit keinem Wort steht in unserem Antrag etwas derartiges.“

Das Rentenunrecht empfinden als Entwertung ihrer Lebens- und Arbeitsleistung. Es verhindert eine vollständige deutsche Einheit. Die Linksfraktion will sie umsetzen!

## Was wir ins neue Schulgesetz gepackt hätten?



- Bis Klasse 8 gemeinsam lernen
- Kleinere Klassen: Bei 25 ist Schluss
- Lernmittel und Schulweg kostenlos
- Inklusion als Regelfall
- Schulsozialarbeit flächendeckend
- Ganztagsangebote für alle

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de



# Der Wind gehört allen

Windräder sind unbeliebt. Das ist schon paradox, denn sie sind nicht nur wichtige Teile einer sauberen Energienutzung, ohne die unser Planet auf Dauer nicht überleben wird. Sie ermöglichen gleichzeitig Milliardeninvestitionen, die gerade den strukturschwachen Gebieten im Osten zugutekommen könnten. Warum lehnen viele trotzdem neue Windkraftanlagen ab? Ein wichtiger Grund: Sie haben nichts davon. Die erwirtschafteten Erträge fließen in die Taschen von wenigen, die in der Regel woanders wohnen. Umsätze und Steuern fließen ab, aber die Windräder bleiben.

Die Energiewende gehört in die Hand der Bürgerinnen und Bürger! Wenn im Freistaat neue Windenergieanlagen gebaut werden, sollen ortsansässige Bürgerinnen und Bürger sowie die Kommunen die Möglichkeit erhalten, Miteigentümer zu werden. Dann würden sie auch an der Rendite der Anlage beteiligt. **Marco Böhme, Sprecher für Klimaschutz, Energie und Mobilität**, stellte im Landtag das „Gesetz zur Stärkung der Windenergienutzung im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/9197) vor, mit dem die Linksfraktion das möglich machen will. „Wir orientieren uns an dänischem Recht, wo Menschen, die in der Nähe von Windenergieanlagen wohnen, entschädigt

werden. Vorbild ist auch Mecklenburg-Vorpommern, wo CDU und SPD mit Unterstützung von LINKEN und Grünen eine Beteiligung an Windenergieanlagen ermöglicht haben.“

Natürlich können sich schon heute überall Bürgerinnen und Bürger zusammenschließen, beispielsweise eine Genossenschaft bilden und ein Bürgerwindrad finanzieren. Unter den 800 Anlagen in Sachsen gibt es aber nur zwei, an denen sich Bürger finanziell beteiligen konnten. In allen ande-

ren Fällen sind die privaten Investoren die alleinigen Eigentümer – und damit Profiteure. Die Linksfraktion will nun alle Windrad-Investoren verpflichten, mindestens 20 Prozent ihres Investitionsvolumens zum Kauf anzubieten. Anwohnerinnen und Anwohner, die in einem Umkreis von fünf Kilometern an der Anlage wohnen, und die entsprechenden Kommunen sollen jeweils bis zu zehn Prozent der Eigentumsanteile erwerben dürfen. Dabei erhalten zunächst alle Kaufberechtigten je einen Anteil. Danach erhalten jene

Interessenten, die jeweils einen weiteren Anteil zeichnen möchten, einen solchen, bis die 10-Prozent-Grenze erreicht ist. Die Gemeinden sollen drei Monate lang die Möglichkeit haben, sich für einen Anteilskauf zu entscheiden. Sie dürfen bis zu zehn Prozent der Anlage erwerben und jährlich von der Rendite profitieren. Entscheiden sie sich dagegen, verfällt ihr Kaufrecht und der Investor zahlt ihnen daraufhin ab dem zweiten Betriebsjahr jährlich zwei Prozent der Erlöse, die zweckgebunden für Maßnahmen des Klima- und Umweltschutzes verwendet werden müssen.

Auch bei der Anlagenplanung soll es mehr Bürgermitsprache geben. Investoren sollen mit einer öffentlichen Veranstaltung über ihre Pläne informieren. Repräsentative Planungszellen, die per Zufalls-Stichprobe aus der Bevölkerung besetzt werden, erstellen dann ein Bürgergutachten zur Eignung eines Standortes, das in die politische Entscheidungsfindung im Planungsverband einfließt. Böhme: „So wollen wir den Stromsektor zumindest teilweise in die öffentliche Hand zurückführen. Das ist aktive Bürgerbeteiligung und schon lange überfällig!“ Und vielleicht erwärmen sich dann manche Herzen auch für die ungeliebten Windräder.



## TU Chemnitz soll wieder mehr Lehrkräfte ausbilden!

In Südwestsachsen mit dem Oberzentrum Chemnitz lebt rund ein Drittel der sächsischen Bevölkerung. Hier wird ein Drittel der Wertschöpfung erbracht. Wie schon im 19. Jahrhundert schlägt dort das industrielle Herz Sachsens, auch jenseits des starken Automobilbaus in der Region. Soll sich das nicht ändern, wird vieles davon abhängen, ob genug Fachkräfte in der Region ausgebildet werden – und auch bleiben. Fachkräftesicherung beginnt in der Schule. Sie gelingt nur, wenn es genug qualifizierte Lehrkräfte gibt. Die wiederum sind nur mit guten Studienmöglichkeiten zu haben. An der TU Chemnitz liegt dabei einiges im Argen. Deshalb beantragte die Linksfraktion die Debatte „Lehramtsausbildung an der TU Chemnitz stärken!“

Bis 1997 wurden an der TU Chemnitz Lehrkräfte ausgebildet. Dann wurde die Ausbildung abgeschafft und nur in geringem Maße wieder aufgenommen. Die **Chemnitzer Abgeordneten der Linksfraktion, Susanne Schaper, Klaus Bartl und Nico Brünler**, fordern gemeinsam mit **Bildungsexpertin Cornelia Falken** „nicht nur eine dauerhafte Absicherung, sondern einen Ausbau der Lehramtsausbildung in Chemnitz“. Darin sind sie sich einig mit Spitzenvertretern der Landkreise, der Stadt, von Wirtschaftsverbänden sowie Großunternehmen. Die hatten die Staatsregierung aufgefordert, in Chemnitz künftig nicht nur Studiengänge für das Grundschullehramt, sondern auch für das Lehramt an Ober- und Berufsschulen anzubieten.

TU-Rektor Gerd Strohmeier äußerte, dass die TU bereit sei, die nötigen Mittel aber vom Freistaat kommen müssten. Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) macht da allerdings nicht mit, der Rest der CDU-geführten Regierung ebensowenig. Dabei verfügen in der Region Chemnitz zwischen 50 und 70 Prozent der neu eingestellten Lehrkräfte an Grund- und Oberschulen nicht über eine pädagogische Ausbildung. Das Interesse am Lehramtsstudium ist indes groß, in Chemnitz gibt es bis zu zehnmal mehr Bewerbungen als Plätze. Die Ausbildung ist attraktiv, obwohl sie unter erschwerten Bedingungen stattfindet: Professuren sind zum Teil unbesetzt. Die meisten Studierenden kommen aus der Region, wollen bleiben.

**Cornelia Falken** glaubt: „Über kurz oder lang werden wir nicht umhinkommen, das Lehramtsstudium in Chemnitz aufzustocken.“ Es sei oft darüber gesprochen worden, dass die CDU-geführten Staatsregierungen es verschlafen haben, das Lehramtsstudium langfristig zu planen. Zwar sei die Zahl der Studienplätze landesweit von 1.700 auf 2.000 erhöht worden, aber es sei klar, dass das nicht reichen werde. Denn nicht alle, die jetzt auf Lehramt studieren, würden bleiben. „Die Bedingungen an sächsischen Schulen sind nicht die besten. Es ist nicht nur das Gehalt, sondern vieles andere auch.“ Es sei problematisch, zwar in Leipzig und Dresden genug Nachwuchs auszubilden, das aber in Chemnitz zu unterlassen. Um eine ausreichende Versorgung der Fläche zu sichern, müsse sogar dar-

über nachgedacht werden, weitere Ausbildungsorte zu reaktivieren. „Es gab Zeiten, in denen es mehr als 30 Standorte in Ostdeutschland gegeben hat und in Sachsen mehr als zehn Standorte, an denen nur Grundschullehrer ausgebildet worden sind.“

**Wirtschaftspolitiker Nico Brünler** zitierte den Hauptgeschäftsführer der Chemnitzer Industrie- und Handels-

kammer, die Sicherung des Lehrkräftenachwuchses scheinbar derzeit die wichtigste Aufgabe der Wirtschaftsförderung zu sein. Die TU sei keine Schmalspur-Universität. Gerade ihre Stärke im naturwissenschaftlich-technischen Bereich erlaube die Ausbildung von Berufsschullehrkräften. Die Lehramtsausbildung sei zu stärken. Alles andere wäre der Bedeutung der Region Südwestsachsen nicht angemessen.

*Der Mensch ist erst wirklich tot,  
wenn niemand mehr an ihn denkt.  
Bertolt Brecht*

Wir trauern um unseren  
langjährigen Fraktionskollegen, Weggefährten und Freund

**Dr. Dietmar Pellmann**

\* 19. Dezember 1950

† 2. Mai 2017

Unermüdlich, selbstlos und engagiert stand er für die Interessen der Benachteiligten in unserer Gesellschaft. Stets nah bei den Menschen und ihren Problemen stritt er offenherzig, geradlinig und ausdauernd für soziale Gerechtigkeit. Wir verlieren mit ihm einen allseits geachteten Sozialexperten, dessen Andenken wir bewahren werden.

Unsere tiefe Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

**Rico Gebhardt**

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag



# Sollen alle blechen, damit wieder Leben einzieht?

Der Braunkohleabbau in Sachsen hat ein Verfallsdatum. Spätestens seit der UN-Klimaschutzkonferenz in Paris und dem Klimaschutzplan der Bundesregierung ist klar: Das Ende kommt wohl früher als alle dachten. Die CDU klammert sich blind an den heimischen Rohstoff und verweigert den Dialog über einen Ausstiegspfad. Nebenher wird die Energiewende verzögert. So riskiert die CDU einen Strukturabbruch mit neuen Arbeitsplatzverlusten – schließlich hat die Branche nach 1990 schon einen massiven Einbruch hinter sich. Die Linksfraktion geht davon aus, dass der Ausstieg bis 2040 erfolgt. Deshalb ist schon jetzt ein Ausstiegspfad zu entwickeln, der Planungssicherheit bietet. Wir wollen parallel anfangen, diesen Einstieg in eine neue, tragfähige Wirtschaftsstruktur zu organisieren. Denn die Region braucht eine neue Existenzgrundlage, die Beschäftigten in den Tagebauen, Kraftwerken und Subunternehmen brauchen neue attraktive Perspektiven.

Eine Frage stellt sich auf jeden Fall: Wer kommt für die Folgeschäden auf? Die Bagger lassen Mondlandschaften zurück, die wieder zum Leben erweckt werden müssen. Kraftwerke sind zurückzubauen. Es sind Kosten in Milliardenhöhe zu erwarten. Wer soll zahlen? Die Linksfraktion meint: Zuerst diejenigen, die Kohle mit der Kohle gemacht haben, also die Bergbau- und Kraftwerksbetreiber. Probleme entstehen, wenn diese sich durch Umstrukturierung oder Konkurs aus der Affäre ziehen. In dem Fall wären auch die Geldmittel plötzlich nichts mehr wert, die das Unternehmen als „bilanzielle Rückstellungen“ gebildet hat. Es ist unklar und auch nicht zu hoffen, dass sich das Vattenfall-Nachfolgeunternehmen LEAG so aus der Affäre ziehen wird. Dennoch ist das Risiko zu groß,

dass am Ende Steuermittel für das Aufräumen verwendet werden müssen.

Zumindest für die Nachsorge im Tagebau sieht das Bundesberggesetz die Möglichkeit der Erhebung sogenannter „Sicherheitsleistungen“ vor. Der Staat schätzt die Gesamtkosten für die Rekultivierung und lässt diese Summe als Bankbürgschaft hinterlegen. Im Falle einer Insolvenz ist dann Geld für die Schadensbeseitigung vorhanden. Bei Windrädern, Biogasanlagen oder kleinen Bergbaubetrieben ist dies mittlerweile Usus.

Die Linksfraktion fordert (Drucksache 6/6694) die Staatsregierung auf, auch für die großen Tagebaue solche Sicherheitsleistungen einzufordern.



Dies scheut die Staatsregierung jedoch – sie ist offenbar eher bereit, das Ausfallrisiko auf den Schultern aller abzulagern. Auch in der Presse tauchen immer wieder Befürchtungen auf, dass Sicherheitsleistungen die LEAG in die Knie zwingen würden. Allerdings hat Vattenfall dem neuen Eigentümer LEAG 1,7 Milliarden Euro Barmittel für diese Zwecke übergeben. Greenpeace stellt in einem Gutachten fest, dass dieses Geld kurz nach dem Verkauf an Gesellschafter ausgezahlt und somit für die angedachten Zwecke verloren ist.

Hinter der LEAG stehen der tschechische Konzern Energetický a Průmyslový Holding (EPH) und der im Steuerparadies Jersey beheimatete Finanzinvestor PPF Investments Ltd. **Dr. Jana**

**Pinka, Expertin der Linksfraktion für Umwelt- und Ressourcenpolitik**, sieht in der LEAG ein „Unternehmensgeflecht, dessen Bonität und wirtschaftliche Potenz zunächst unbekannt sind“. Das birgt Risiken. Greenpeace habe in seinem „Schwarzbuch EPH“ dubiose Geschäftspraktiken geschildert. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW äußerte sich kritisch. „Wenn nur die Hälfte stimmt, dann könnten wir ein ernsthaftes Problem bekommen“, warnt Pinka. Sie könne deshalb nicht nachvollziehen, dass Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) ausweislich seiner Antworten auf Parlamentsanfragen nicht weiß, wo die 1,7 Milliarden Euro geblieben sind, und wohl auch nicht danach forschen will. CDU und SPD könnten auch nicht erklären, weshalb bei der Braunkohle keine Sicherheitsleistungen erhoben werden.

Werde das nicht nachgeholt, sehe sie schwarz für den Strukturwandel in den Bergbaufolgelandschaften. „Der kann nur gelingen, wenn derjenige, der für die Folgelasten verantwortlich ist, auch dafür einsteht. Ansonsten haben wir zwei Baustellen – den Strukturwandel und die Rekultivierung auf Staatskosten.“ Ausstieg und Wandel müssten aber parallel erfolgen. Dafür könnte am Ende weniger Zeit bleiben als heute vermutet wird. Eine Analyse der Kohleverbäuche und Kraftwerksbedarfe zeigt, dass es nicht erforderlich ist, Tagebaue neu aufzuschließen oder zu erweitern. Deshalb hat die LEAG ihre Revierpläne inzwischen verkleinert. Pinka glaubt, dass diesem halben Rückzug ein ganzer folgen wird. „Es könnte bereits 2020 Schluss sein. Bis dahin gelten die Tarifverträge.“ Derweil hat die Staatsregierung im Landeshaushalt keinen Cent für den Strukturwandel eingeplant.

Wenn sich all das nicht ändert, kommt am Verfallsdatum das böse Erwachen.

## LINKE wollen Bleiberecht für Rassisten-Opfer

Auch in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen gibt es hoffentlich noch Grundsätze, auf die sich alle einigen können. Einer lautet: Wer gegen das Gesetz verstößt, muss sich dafür rechtsstaatlich verantworten. Das gilt auch für rechtsmotivierte Täter, die Straftaten gegen Geflüchtete begehen.

2016 gab es in Sachsen erneut erschreckend viele solcher Straftaten, darunter 66 Gewaltdelikte. Die Zahl der Angriffe auf Wohnhäuser von Geflüchteten blieb mit 117 auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Die Opferberatung der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e. V. (RAA) diagnostiziert, dass die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten zunimmt. 2016 stellte sie 437 Angriffe fest, von denen 306 rassistisch motiviert waren. Indes sind die Aufklärungsquoten etwa bei Straftaten gegen Asylunterkünften ernüchternd. Anfang Februar 2017 hatten nur 15 von 111 Ermittlungsverfahren

aus dem Jahr 2015 zur Verurteilung geführt, 73 Verfahren wurden eingestellt. 2014 endeten 90 Prozent dieser Verfahren ergebnislos.

Opfer rassistischer Gewalttaten sind überwiegend Menschen ausländischer Herkunft. Sie trifft eine solche Straftat besonders schwer, da ihr Aufenthalt in der Regel ungesichert ist. Zu ihrer oftmals schwierigen Lebenssituation, die sich etwa aus fehlenden sozialen Bindungen und einer ungewissen Zukunftsperspektive ergibt, treten dann die körperlichen und seelischen Folgen einer Gewalttat.

Ein klares Bekenntnis des Freistaates gegen Rassismus ist ebenso notwendig wie Maßnahmen, die solchen Verbrechen vorbeugen, deren Opfer schützen und die Strafverfolgung absichern. Per Antrag (Drucksache 6/8238) fordert die Linksfraktion deshalb, abgelehnten Asylsuchenden, die nachweislich Opfer rechtsmotivierter

Gewalttäter geworden sind, nach Einzelfallprüfung ein vorübergehendes Bleiberecht zu gewähren. Vorbild ist ein entsprechender Erlass des Landes Brandenburg. Wir wollen, dass die Ausländerbehörden alle Möglichkeiten ausschöpfen, die das Aufenthaltsgesetz bietet.

**Juliane Nagel, Sprecherin der Linksfraktion für Migrations- und Flüchtlingspolitik**, stellt klar: „Es geht hier nicht um eine Form von Bevorteilung.“ Im schlimmsten Fall könne die Abschiebung der Betroffenen schließlich dazu führen, dass die Täter mangels Zeugenaussagen straffrei bleiben. „So werden rassistische Täter de facto geschützt, das kann nicht sein.“ Die Strafverfolgung dürfe nicht gefährdet werden. Nagel berichtete vom Fall eines algerischen Asylsuchenden, der 2013 in Dresden rassistisch beleidigt und zusammengeschlagen wurde. Der Täter wurde gefasst, die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Doch die Aus-

länderbehörde verlängerte den Aufenthalt des Opfers nicht, der Mann konnte im Prozess weder aussagen noch seine Rechte als Nebenkläger wahrnehmen.

Ein Erlass wie in Brandenburg könnte solche Fälle verhindern und auch generalpräventiv wirken. Rechte Täter müssten befürchten, mit ihren Verbrechen die Abschiebung ihrer Opfer zu verhindern. „Letztlich lässt sich Rassismus jedoch nur durch Bildungsarbeit und das alltägliche Zusammenleben mit Migrantinnen und Migranten zurückdrängen“, so Nagel.

Die Staatsregierung sieht jedoch „keine Veranlassung, über die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten hinaus weitere Vorkehrungen oder Maßnahmen zu ergreifen“. So bleibt es weiter möglich, dass Opferzeugen abgeschoben werden und die Strafverfolgung beeinträchtigt wird. Das dürfte weitere Spannungen begünstigen.



## Plenarspiegel April 2017

Die 52. und die 53. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 11.04.2017 und am 12.04.2017 statt.

Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

### Aktuelle Debatte

„Sicherung des Lehrkräftebedarfs ist auch regionale Wirtschaftsförderung – Lehramtsausbildung an der TU Chemnitz stärken!“

### Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Stärkung der Windenergienutzung im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/9197)

### Anträge

„Lebens- und Arbeitsleistungen von Ostdeutschen anerkennen – Rentenwertangleichung - Ost auf das Jahr 2018 vorziehen, Renten- und Versorgungsrecht - Ost beenden.“ (Drs 6/9062)

„Bleiberecht im Freistaat Sachsen für Opfer rechtsmotivierter Straftaten“ (Drs 6/8238)

„Übernahme der Braunkohlesparte von Vattenfall durch EPH und dessen Finanzpartner PPF: Sicherheitsleistungen für aktive sächsische Braunkohletagebaue anordnen“ (Drs 6/6694)

### Wahlvorschläge

Das Plenum wählte MdL René Jalaß gemäß § 4 des Untersuchungsausschussgesetzes zum stellvertretenden Mitglied des 1. Untersuchungsausschusses „Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen“ sowie zum Schriftführer für das Parlament.

Alle Drucksachen unter [www.edas.landtag.sachsen.de](http://www.edas.landtag.sachsen.de)

# Braucht das Deutsche ein Reinheitsgebot?

„Altparteien lehnt AfD-Gesetz zum Schutz der deutschen Sprache im Landtag geschlossen ab.“ Mit dieser auf amüsante Weise verunglückten Schlagzeile, jüngst auf den AfD-Internetpräsenzen zu finden, wäre zum Thema dieses Artikels eigentlich schon alles gesagt.

Aber nein: Werfen wir ausnahmsweise einen Blick auf diesen exemplarischen Fall der AfD-Politik im Landtag. Mit einem Gesetzentwurf begeherten die blau-braunen „Vaterlandsretter“ eine Änderung der Landesverfassung. Sie wollten den folgenden Satz aufnehmen: „Die deutsche Sprache ist ein Kulturgut. Diese schützt und fördert der Freistaat Sachsen“. Die Stilistik dieser Formulierung ist merkwürdig, denn eigentlich ging es der AfD – das zumindest behauptete sie – ja nicht um den Schutz der Sprache an sich, sondern um den des Kulturguts Sprache. „Dieses“ statt „diese“ wäre also treffender gewesen. Auch der Titel des Entwurfs – „Gesetz zur Aufnahme der deutschen Sprache als Kulturgut in die Sächsische Verfassung“ geht fehl, schließlich soll ja nicht die Sprache als Kulturgut selbst, sondern der Schutz derselben in die Verfassung aufgenommen werden.

Doch genug der Spitzfindigkeiten. Wie ein solcher Schutz konkret aussehen soll, sagt die AfD jedenfalls nicht. **LINKE-Kulturpolitiker Franz Sodann** jedenfalls hegt geringe Erwartungen daran, was sich mit einer solchen Verfassungsänderung erreichen ließe:

„Nationalstaat werde alle Probleme der globalisierten Gesellschaft lösen. In den USA erfahren die Bürgerinnen und Bürger derzeit, wie sich dieses Abenteuer, diese Zeitreise in die Vergangenheit anfühlt.“

Mit alledem nicht genug. „Ideologische Eingriffe ‚von oben herab‘“ dürften der deutschen Sprache „nicht aufgezwungen werden“, fordert die AfD. Gleichzeitig will sie offenbar genau solche Eingriffe im Hohen Hause beschließen lassen, um Anglizismen und gendergerechte Sprache zurückzudrängen. Was so manchem unter uns hässlich vorkommen mag, ist aber noch lange nicht gefährlich – ganz im Gegensatz zum Streben der AfD, Vokabeln aus dunklen Zeiten wie „Lügenpresse“, „völkisch“, „Volksverräter“, „Überfremdung“ wieder salonfähig zu machen. Sprache schwebt schließlich nicht im luftleeren Raum, sondern sie beeinflusst unser Zusammenleben, manchmal auf grausame Weise.

Das deutsche Bier mag ein Reinheitsgebot brauchen – die deutsche Sprache sicher nicht.

Die AfD zeigt auch an anderer Stelle ihres Textes, dass ihre politische Haltung der Sprache eher schaden als nützen könnte. Da heißt es: „Eine Sprache muss sich dynamisch aus sich heraus entwickeln.“ Für Sodann ist das schlicht „Humbug“. „Sprachen brauchen seit jeher auch Einflüsse von



„Nicht mehr und nicht weniger als durch eine Verfassungsänderung, die festlegt, dass es in Deutschland vier Jahreszeiten gibt.“ Überhaupt sei leicht zu durchschauen, wofür solche Vorstöße der AfD eigentlich dienen: als bloße Stütze ihrer Parteitaktik. „Ihnen geht es doch gar nicht darum, irgendwen oder irgendetwas zu schützen. Sie schwingen sich als vorgeblicher Vertreter der sächsischen Bevölkerung auf und fühlen sich stellvertretend gegenüber Minderheiten benachteiligt.“ Dort liegt auch der Kern dieses AfD-Vorschlags, der beklagt, dass die Verfassung zwar nationalen und ethnischen Minderheiten

außen, von anderen Sprachen und Kulturen, damit sie sich weiterentwickeln, damit Menschen kommunizieren können. Wenn es den steinzeitlichen Höhlenbewohnern in den Sinn gekommen wäre, ihre Lautsprache von ‚Na‘, ‚Pa‘, ‚Gg‘, ‚Ma‘, ‚Scht‘ bis hin zum ironisierten ‚Ugga ugga‘ verfassungsrechtlich festzuschreiben und sie so von äußeren Einflüssen fernzuhalten, dann würden wir heute auch in diesem Haus ganz anders mit einander sprechen. Dann hätte es vermutlich auch Goethe und Heine nicht gegeben.“ Abschottung heißt die AfD-Devise also auch hier, passend zu ihrem allgegenwärtigen Heilsversprechen, der homogene

## Termine

»Stefan Heym – einer, der nie schwieg«

Reihe von Lesungen aus den Werken des berühmten deutschen Schriftstellers, vorgetragen von Peter Sodann, Annette Richter und Franz Sodann. Termine noch bis zum 6. Juni 2017, Beginn ist jeweils um 18 Uhr. Die geplanten Veranstaltungen:

10.5.2017, Hoyerswerda  
11.5.2017, Lugau  
12.5.2017, Kamenz  
24.5.2017, Niesky  
7.6.2017, Mittelsachsen (Ort wird noch bekannt gegeben)  
8.6.2017, Vogtland (Ort wird noch bekannt gegeben)  
9.6.2017, 16:30 Uhr, Chemnitz

Veranstaltungsinformationen unter [gleft.de/1B](http://gleft.de/1B)

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag